

## **Überparteilicher Antrag:**

### **Anbau von gentechnisch veränderten Organismen im Landkreis Ebersberg**

- 1. Der Landkreis nimmt die Sorgen der Bevölkerung und der Landwirtschaft vor den Folgen des Einsatzes gentechnisch veränderter Organismen ernst. Er verpflichtet sich und seine Pächter, auf kreiseigenen Flächen kein gentechnisch verändertes Saat- und Pflanzengut anzubauen.**
- 2. Der Landkreis appelliert an die Staatsregierung, alles in ihren Kräften Stehende zu unternehmen, um den Anbau von gentechnisch verändertem Saat- und Pflanzengut in Bayern zu verhindern.**
- 3. Der Landkreis appelliert an die Staatsregierung, auf Grundbesitz des Freistaates, insbesondere im Versuchsgut Grub, auf Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Organismen zu verzichten. Die Staatsregierung möge die Verwaltung des Versuchsgutes Grub verpflichteten, dessen Flächen gentechnikfrei zu bewirtschaften.**
- 4. Allen Landkreisbürgern und Landwirten wird der Verzicht der Nutzung von gentechnisch veränderten Organismen empfohlen.**

#### **Begründung:**

Gesundheitsminister Söder teilte mit, dass Bayern gentechnikfrei werden soll. (Münchner Merkur vom 9.8.2010: „Söder will den Anbau von GVO eindämmen ....Bayern soll gentechnik-Anbau frei werden ..“)

Eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung lehnt die Freisetzung genmanipulierter Organismen und die Erzeugung genmanipulierter Nahrung ab. Die Landeshauptstadt München hat sich im Jahr 1999 an der Kampagne des Bund Naturschutz „Keine Gentechnik auf kommunalen Flächen“ angeschlossen. Als erster Landkreis im Freistaat Bayern soll der Kreis Miesbach zur gentechnikfreien Anbauzone erklärt werden. Ähnliche Initiativen gibt es im Chiemgau, im Fichtelgebirge, in der Rhön, im Nürnberger Land, im Allgäu, im schwäbischen Donauried und im Landkreis Bamberg.

Der Bauernverband und Landkreisgemeinden fassten ähnliche Beschlüsse.

Für die ökologisch wirtschaftenden Betriebe wird die Existenzgrundlage gefährdet, weil eine wilde Auskreuzung genmanipulierten Erbgutes auch nach Ansicht des Max-Planck-Instituts nicht verhindert werden kann und damit - trotz größter Anstrengungen der Betroffenen - die Richtlinien für den ökologischen Landbau nicht mehr eingehalten werden können.

Der Kreistag beriet bereits 2004 auf Antrag der GRÜNEN und 2007 auf Antrag der SPD dieses Thema.

#### **Anmerkung:**

Ähnliche Anträge wurden im Miesbacher und Traunsteiner Kreistag im großen Konsens beschlossen.